

zu Dutzenden begonnenen Handelsvertragsverhandlungen. Ein Teil Deutschlands früherer Abnehmer sind mit Zollschutzmaßnahmen bereits vorausgegangen. So Belgien, Frankreich, Schweiz, Tschechoslowakei, Italien. In England sind einige Industrien durch Zölle geschützt, resp. deren Schutz in Aussicht genommen. Schutzzölle für andere, besonders Industrien die an Absatzmangel leiden, sind in Vorbereitung. Die deutsche Zollkriegsgeste wird ein Schlag ins Wasser, bedeutungslos, wie das Gerassel mit dem pazifistischen Holzäbel. Deutschland, das in der Vorkriegszeit ein Drittel seiner Bevölkerung aus der eigenen landwirtschaftlichen Produktion ernähren konnte, produziert heute nur noch etwa die Hälfte der Nahrungsmittel des Eigenbedarfs. Zunächst bedeutet der Zolltarif Preisverhöhung auf alle Lebensbedürfnisse des Proletariats, denn infolge der Erschwerung der Einfuhr, resp. deren Verteuerung durch die Zollsätze, schlagen die einheimischen Produzenten einen Betrag in der Höhe des Zollsatzes auf die eigenen Produkte auf. Das ist ja das Pudels Kern bei der Schutzzollbewegung. Da Agrar- wie Industriekapital nicht produzieren um die Gesellschaft mit Waren zu versorgen, sondern um des Profites wegen, liegt zur Steigerung der Produktion kein Anlaß vor, solange aus einer geringeren Menge Waren ein höherer Profit gezogen wird, als aus einem größeren Quantum vor den Schutzzöllen. Der nötigen Intensivierung der Landwirtschaft durch Auffrischung neuer Samen für Pflanzen für menschliche und tierische Nahrung und für die Blutauffrischung der Zuchttiere wird durch die exorbitanten Zölle ein Riegel vorgeschoben. Das fehlende Quantum Nahrungsmittel muß trotz der Schutzzölle eingeführt werden; es wird um die Zollsätze verteuert! Die Kaufkraft wird um den Betrag geschwächt! Bei der Industrie liegt das Verhältnis umgekehrt. Die deutsche Industrie kann aus dem Inlandsabatz — auch eine bedeutend gesteigerte Kaufkraft (die übrigens in nennenswertem Maße ausgeschossen ist) vorausgesetzt — nicht existieren. Sie ist auf das Ausland angewiesen bezüglich des Rohstoffes wie des Warenabsetzes. Schutzzölle aber rufen immer Gegenmaßnahmen der Konkurrenzländer hervor. Industrielle Schutzzölle können sich nur Länder leisten, die eine stärkere Landwirtschaft haben als Industrie, d. h. solange im Lande selbst noch Kaufkraft und Märkte erschlossen werden können. Ein Schutzzollsystem in einem industriellen Lande wie Deutschland — ohne Neukultivierung von Agrarflächen resp. ohne Installation neuer Industrien — ist also stets ein Angriff auf die Lebensbedingungen des Proletariats. Die deutsche Schutzvollvorsorge bedeutet für das Kapital eine neue Waffe gegen das Proletariat als Erdrosselung der überflüssigen und die Schlinge zu den Erdrosselungen der überflüssigen Fresser. Nur Plänen glauben, daß die deutsche Industrie aus dem Ausland so stark akkumulieren könnte, um gegen die hohe amerikanische Technik oder gegen den modernen Kolonialkapitalismus mit seinem bedürfnislosen Sklavematerial Konkurrenzfähig werden könnte.

Die neuen Schutzzölle sind die Waffen der „Pazifisten“ die noch vor kurzem von den „Vereinigten Staaten von Europa“ schwärmten. Sie sind die naturnotwendige Fortsetzung der Politik, die im August 1914 begonnen wurde. Die Atembeklemmung wird die Lebensbedingungen ebensowenig fördern wie der fünfjährige Massenmord mit dem nachfolgenden Rattenkrieg von Konferenzen und die darauf folgenden Kriege um die Absatzmärkte Griechenland-Türkei, China, Südamerika, Spanien-Marokko, Frankreich-Marokko u. a.

Es ist aber auch nicht anzunehmen das die vereinten Lebensbasis das Proletariat in der Erkenntnis

halten an der gewonnenen Erkenntnis und zielbewußten Arbeit im Sinne der Revolution. Die Schutzzölle sind die Aktionsbasis für KAP, und AAU, recht bald verbreitern. Dem organisierten Generalangriff des Kapitals als Klasse wird die Arbeiterschaft nicht ausweichen können. Mit ihrer gewerkschaftlichen Nadelstichpolitik wird aber die Arbeiterklasse auf der ganzen Linie geschlagen werden. Die Gewerkschaften und parlamentarische Arbeiterparteien werden notwendig noch mehr als Prellbock zwischen Kapital und Arbeit geschoben. Hier liegt unsere Aufgabe!

Gedenkt der Klassenkämpfer hinter den Herkennern! Sammelt und zeichnet auf die Listen der V R U K Vereinigten Revolutionären Unterstützungs-Kommission

halten an der gewonnenen Erkenntnis und zielbewußten Arbeit im Sinne der Revolution. Die Schutzzölle sind die Aktionsbasis für KAP, und AAU, recht bald verbreitern. Dem organisierten Generalangriff des Kapitals als Klasse wird die Arbeiterschaft nicht ausweichen können. Mit ihrer gewerkschaftlichen Nadelstichpolitik wird aber die Arbeiterklasse auf der ganzen Linie geschlagen werden. Die Gewerkschaften und parlamentarische Arbeiterparteien werden notwendig noch mehr als Prellbock zwischen Kapital und Arbeit geschoben. Hier liegt unsere Aufgabe!

Politische Rundschau Gesellschaft für soziale Reform

Im Zeitalter der sozialen Reform mußte um diese mit gewerkschaftlichen und parlamentarischen Mitteln gekämpft werden. Nur der Druck organisierter Arbeitermassen entperrte die Bourgeoisie Zugeständnisse auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Die soziale Reform, besser die geführenden, ist nicht realisiert worden, weil die Bourgeoisie, die die geschichtliche Entwicklung hatte noch nicht andere Aufgaben gestellt. Die Bourgeoisie hatte noch die Möglichkeit, die Verhältnisse des Arbeiters zu bessern. Der Weltmarkt war noch nicht realisiert erschlossen, Absatzmöglichkeiten reichten aus, um Export und schafften reichliche Profite. Die weitere Entwicklung führte jedoch zur Erschließung des Weltmarktes, verschärfte so den Konkurrenzkampf der imperialistischen Bourgeoisie bis zum Weltkrieg. Die schon versagenden Produktionskräfte der Bourgeoisie wurden durch die Konkurrenz neuer belegen. Die ökonomische Entwicklung, die den Krieg forderte, zerschlug gleichzeitig die darauf gesetzten Hoffnungen. Mit geborstenen Fundamenten, in allen Fugen krachend,

Saint Simon

Ein Vorläufer des Kommunismus. (Zu seinem 100. Todestage.)

„Verzih nicht um Großes zu vollbringen, muß man besessert sein.“

Claude-Henry de St. Simon entstammte einem alten Adelsgeschlechte und wurde am 17. Oktober 1760 geboren. Der in großem Reichtum aufwachsende Knabe zeigte früh einen unbegabten Willen und ein kaltes Behaupten seiner Eigenart, das ihn häufig mit seinem Vater in Konflikt brachte. Er wurde Offizier und machte als solcher den amerikanischen Freiheitskrieg mit. Bald übte er sich des Kriegshandwerkes überdrüssig, aber unerschütterlich, hielten zwischen Extremen hin- und herschweifend, wie er sein ganzes Leben lang war, konnte er trotzdem nicht den Entschluß fassen, ganz der Wissenschaft zu widmen, die ihn mächtig anzog, und auf deren Gebiet er glaubte, zu großen Dingen berufen zu sein. Bald stürzte er sich in einen Wirbel tolgsten Onanisses. Er wollte das Leben in allen Höhen und Tiefen kennen lernen. Aber gleichzeitig bewegte er sich im Kreise der geistig höchststehenden Menschen seiner Zeit und besprach die ersten Probleme mit ihnen. Der großen französischen Revolution stand er mit Sympathie gegenüber, als wohlwollender Beobachter, kritischer, aber ohne tätigen Anteil an ihr. Größtenteils lebte er nieder. Im Jahre 1801 verheiratete er sich, ließ sich aber wiederum nach 10 Monaten scheiden. Im Jahre 1802 erscheint sein erstes wissenschaftliches Werk: Die Briefe eines Genies, in welchem Simon hin- und her die Grundgedanken seines Systems aufzählte. Durch seine bis zum Wahnsinne verschwenderische Lebensweise geriet St. Simon bald in das tiefste Elend. Jahre seines Lebens hindurch litt er tatsächlich Hunger. Ein ehemaliger Diener erkannte sich seinen einstigen Herrn und schuf ihm ein bescheidenes Dasein, das ihm gestattete, wenigstens seine Schriften drucken zu lassen. Trotzdem mußte er sich wiederholt noch an seine Freunde um Unterstützung wenden, er ging auch einst Napoleon daran, aber vergeblich. Er starb, umgeben von einem Kreise begeisterter Schüler, aber in großer Armut am 22. Mai 1825, in festem Glauben an die große Zukunft, welche seine Lehre haben werde.

Zerissen, wie und zerklüftet wie sein Leben, ist auch sein Denken. Die genialen weltumstürzenden Gedanken liegen in seinen Werken zerstreut und oft verworren umher, und erst seinen Schülern gelang es, sie zu einem klaren, über-

sichtlichen System zu vereinigen. St. Simon hat mit scharfem Blicke die ungeheure Bedeutung der Industrie für die menschliche Gesellschaft erkannt. Der Weg zum Glück, die menschliche Gesellschaft betrachtet er eine Organisation, welche die „industriellen“, das heißt, bei ihm alle nützlich Beschäftigten, ob Arbeiter oder Unternehmer, zu der maßgebenden Schicht machen würde. In Newton, in Galileo, in Franklin, in Bacon, in Descartes, will er den großen Heilbringer der Welt verehrt sehen, 21 Genies, mit Newtons Geist durchtränkt, sollten nach seiner Meinung die Leitung des Staates übernehmen. Das Gesetz der Gravitation, der Anziehung, ist ihm der Quell und zugleich das Ziel aller menschlichen Strebens. Der ganze Weltgeschichte sieht er einen ununterbrochenen Faden, den Drang der Menschen nach immer weiter greifender Vereinigung, Familie, Gens, Stamm, Nation, Konfession verdanken diesem Triebe ihr Entstehen. Es ist dies der Weg von der Zwitterart zur Eintracht. Um aber dieses Ziel wirklich zu erreichen, bedarf es zu allererst „beständiger Verbesserung des Loses der zahlreichsten und bedürftigsten Familien oder Klassen in moralischer, intellektueller und physischer Hinsicht.“ St. Simon weist darauf hin, daß die Sklaverei der vorhergehenden Menschenseiten gegenüber gewiß ein Fortschritt war, ebenso die Leibeigenschaft der Sklaverei und die Lohnarbeiterschaft der Leibeigenschaft gegenüber.

Aber dies ist nur eine Milderung der Form; jeder Blick auf unsere Umgebung zeigt uns, daß der Sache nach der Arbeiter noch genau so ausgebeutet wird, wie der Sklave. Als wichtigstes Mittel, dieses Verhältnis umzugestalten, bezeichnet St. Simon den göttlichen Kern aller Religionen, den Grundsatz: die Menschen müssen sich wie Brüder gegeneinander verhalten. Neben dieser alten ideologischen und unzureichenden Begründung vertritt er aber gleichzeitig den Standpunkt, jede Veränderung der Gesellschaft bedinge eine Veränderung des Eigentums und dieser Veränderlichkeit müsse gesetzlich gesichert werden. Von diesen Prämissen gelangt er zu dem Schlusse, die Politik sei die Wissenschaft von der Produktion und werde mit der Zeit völlig in der Ökonomie aufgehen. Ohne geradezu strenger Sozialist zu sein, anerkennt St. Simon das Recht auf Arbeit und will jedem Menschen die Möglichkeit gewahrt wissen, seinen Fähigkeiten entsprechend alle Stufen der Gesellschaft zu erklimmen. Er will zwischen der von ihm über Alles gestellten Wissenschaft der Religion keinen Gegensatz sehen, er müsse erst eine neue Religion geschaffen werden oder, besser gesagt, der ursprüngliche Kern müsse aus dem dogmatischen Christentum herausgeschält werden. Diese gefährliche Verschwägerung seiner genialen, ökonomischen und geschichtlichen Leh-

ren mit der transzendenten Religion sollte dem System St. Simons unbeherrschend werden.

Eine zahlreiche Schme flücht des Meisters Spuren, führte diese Lehren zusammen und vereinigte sie zu einem vereinständlichen Ganzen. Olivier Rodrigues und Prosper Faillat in waren die ersten Führer der St. Simonisten. Bald finden diese an, sich von dem eigentlichen Welttriebe immer weiter zu entfernen und die religiösen Ideen des Meisters allen Anhängern voranzutreiben. In kurzer Zeit war der größte Teil von ihnen in Mystik versunken. Eine revolutionäre Gruppe in fortschrittlichen Sinne sind sie nicht geworden, im Gegenteil sehen wir sie häufig geradezu reaktionäre Bestrebungen unterliegen. Auf das Proletariat haben sie niemals direkten Einfluß genommen, wenn auch sie und da ein Strahl aus ihrer Gedankenwelt bis in die Vorstandsbearbeitungen der Arbeiter gedrungen sein mag. St. Simons großer Gedanke, war seiner Geschichtsauffassung, zunächst die Tatsache, daß er die Gesetze strenger Wissenschaftlichkeit auf dieses Gebiet anzuwenden, welches bisher mehr oder minder nur ein buntes Aneinanderreihen von Ereignissen gewesen war. Er hat die Lehre der großen französischen Revolution verstanden und angewandt. Er hat auf dem Grunde der politischen und ökonomischen Erkenntnis und in diesem die Triebfeder aller historischen Entwicklung begründet. So wurde er auf geschichtswissenschaftlichem Gebiete der Vorläufer unseres Karl Marx.

Karl Marx über die utopisch-sozialistische Systeme: „Die ersten Versuche des Proletariats, in einer Zeit allgemeiner Aufregung in der Periode des Umsturzes der feudalen Gesellschaft direkt sein eigenes Klassenbewußtsein durchzusetzen, soheiterten notwendig an der unentwickelten Gestalt des Proletariats selbst, wie an dem Mangel der materiellen Bedingungen seiner Befreiung, die eben erst das Produkt der bürgerlichen Epoche sind. Die revolutionäre Literatur, welche die ersten Bewegungen des Proletariats literarisch, ist dem Inhalt nach notwendig reaktionär. Sie lehrt einen allgemeinen Asketismus und die Gleichgültigkeit. Die eigentlichen sozialistischen und kommunistischen Systeme, die Systeme St. Simons, Charles Fouriers usw., tauchen auf in der ersten unentwickelten Periode des Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Die Erfinder dieser Systeme sehen zwar den Gegensatz der Klassen, die Wirkksamkeit der aufstrebenden Elemente in der herrschenden Gesellschaft, aber sie erblicken auf der Seite des Proletariats keine geschichtliche Selbsttätigkeit, keine ihm eigentümliche politische Bewegung. Da die Entwicklung des Klassenbewußtseins

Macht des Bankkapitals wäre gebrochen, die Industrie kommunalisiert worden. Die Mittelschicht habe sich verändert, sie sei unerhört zermürbt und dem Verenden nahe, die Beamtenschaft habe sich wesentlich entwickelt (siehe Polzeil) und relativ festgelegt. Die ungeliebten Arbeiter, die die Vorteile der gelehrten erschrecklich vermehrt und zum Schluß schildert er die momentane Lage der Arbeiter wie folgt:

„Die Lage der Arbeiter werde sich in der Zukunft auch durch das Fehlen des Kapitals verschlechtern, weil der Arbeiter mit dem Kapital auf Gedeih und Verderb verbunden ist. Die Zerstörung der Bourgeoisie durch die Arbeiter führt zu einzelnen Schichten sei also auch eine Deklassierung eingetreten. Es gebe heute eine Anzahl deklassierter Personen, die keiner Schicht angehört und keine Unterart bilden, die vom Staate und von anderen Seiten unterstützt werden. Die Zahl dieser Personen schätzt der Redner auf drei bis vier Millionen. Die Stellung des Arbeiters im Ganzen habe sich verschlechtert. Früher seien 13 Millionen organisiert gewesen, heute seien 7 Millionen organisiert. Wenn vor dem Kriege der Kapitalismus demokratisch hätte sein sollen, so hätte er die Arbeiter zu einem Bewußtsein tendenz zur Alleinbesetzung. Heute üben rücksichtslose Persönlichkeiten die Macht aus. Durch die sozialen Verschiebungen sei auch das geistige Gepräge stark in Mitleidschaft gezogen worden. Der Unternehmer sei Proletariat geworden. Wir sahen, wie die Kräfte mehr dem Erworbenen, statt dem Geiste gewidmet seien. Die Aufgaben einer Gesellschaft für soziale Reform müßten heute infolge der großen Verschiebungen sein: Ausgleichen zu wirken. Die stillen Kräfte im Menschen müßten über den materiellen Sieg stehen. Die Gesamtheit der Volksgenossen, der Staat, müsse wieder gestärkt werden, weil sich dadurch das ganze Volk heile usw.“

Die Gesellschaft für soziale Reform, Herr Professor Eulenborg, teilt den Arbeitern mit, daß sich ihr Bestreben systematisch verschärfen wird und er hat recht wenn er sagt, weil der Arbeiter mit dem Kapital auf Gedeih und Verderb verbunden ist. Und dies wird weitergehen, bis zum Untergang in die Barbare, wenn das Proletariat diesen Weg nicht einschlägt. Die Arbeiter glauben den bürgerlichen Ideologen noch immer mehr als uns. Sollen sie auch dieses glauben; denn der Mensch ist ein Wesen, das sich selbst überwinden muß. Die Arbeiter haben die bürgerlichen Ideologen noch immer mehr als uns. Sollen sie auch dieses glauben; denn der Mensch ist ein Wesen, das sich selbst überwinden muß. Die Arbeiter haben die bürgerlichen Ideologen noch immer mehr als uns. Sollen sie auch dieses glauben; denn der Mensch ist ein Wesen, das sich selbst überwinden muß.

Heute müssen die Kräfte mehr dem Erworbenen statt dem Geiste gewidmet sein, empfiehlt diese Rede der Bourgeoisie, — die um ihrer Selbsterhaltung willen kämpfen und urteilen muß, — nicht fürchten. Sie haben nicht um Gnade gefleht, denn das Proletariat hat von der Kapitalistenklasse und seinen Richtern und Henkern keine Gnade zu erwarten. Ebenso wenig hat das Proletariat gegenüber der Bourgeoisie nur nach dem Gesetz der proletarischen Revolutionen zu urteilen, d. h. die Macht des kapitalistischen Systems, die Besitz- und Rechtsverhältnisse, nur durch die proletarische Klasse durch die eigene Diktatur zu brechen. Die proletarische Revolution darf keine Gefühlsduselei kennen, sie ist auf kapitalistische Gesellschaftsverhältnisse keine Rücksicht nehmen, sie kennt nur das erste Ziel, die Eroberung der wirtschaftlichen und politischen Macht zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung. In diesem Kampf bilden sich auch unsere proletarische Rechte, die wirksam mit dem unsrer Gesellschaftsordnung gegen jeden Eingriff schützen.

Aktentat auf das tschechische Konsulat

Prag, 25. 5. (WTB.) Nach einer Meldung des Tschechoslowakischen Preßbüros wurde Sonnabend mittags im Gebäude des tschechoslowakischen Konsulats in Krakau ein Bombenattentat verübt, dem der Amtsdienst des Konsulats und ein Konsularbeamter zum Opfer fielen. Der Verüher des Anschlags ist ein 60-jähriger Mann namens Lech. Er wurde verhaftet. Es ist festgestellt, daß er die Tat ausschließlich aus privaten Motiven verübte. Er war von 1915 an vier Jahre in einer Irrenanstalt bei Krakau.

gleichen Schritt hält mit der Entwicklung der Industrie, finden sie heute wie die materiellen Bedingungen zur Befreiung des Proletariats vor und suchen nach einer sozialen Wissenschaft nach sozialen Gesetzen, um diese Bedingungen zu schaffen. An die Stelle der geschichtlichen Entwicklung tritt die persönliche eifrige Tätigkeit, an die Stelle der geschichtlichen Bedingungen der Befreiungphantasie, an die Stelle der allmählich vor sich gehenden Organisation des Proletariats zur Klasse ein ausgehocktes Organisationsbüro der Gesellschaft. Die Propaganda und die praktische Ausführung ihrer Gesellschaftslehre. Sie sind sich zwar bewußt, in ihren Plänen hauptsächlich das Interesse der arbeitenden Klasse als der ledigsten Klasse zu vertreten. Nur unter diesem Gesichtspunkt der ledigsten Klasse existiert das Proletariat für sie. Die unentwickelte Form des Klassenkampfes, wie ihre eigene Lebenslage bringen es aber mit sich, daß sie weit über jenen Klassenkampf hinausgehen, in dem sie die Gesetze strenger Wissenschaftlichkeit auf dieses Gebiet anzuwenden, welches bisher mehr oder minder nur ein buntes Aneinanderreihen von Ereignissen gewesen war. Er hat die Lehre der großen französischen Revolution verstanden und angewandt. Er hat auf dem Grunde der politischen und ökonomischen Erkenntnis und in diesem die Triebfeder aller historischen Entwicklung begründet. So wurde er auf geschichtswissenschaftlichem Gebiete der Vorläufer unseres Karl Marx.

„Die ersten Versuche des Proletariats, in einer Zeit allgemeiner Aufregung in der Periode des Umsturzes der feudalen Gesellschaft direkt sein eigenes Klassenbewußtsein durchzusetzen, soheiterten notwendig an der unentwickelten Gestalt des Proletariats selbst, wie an dem Mangel der materiellen Bedingungen seiner Befreiung, die eben erst das Produkt der bürgerlichen Epoche sind. Die revolutionäre Literatur, welche die ersten Bewegungen des Proletariats literarisch, ist dem Inhalt nach notwendig reaktionär. Sie lehrt einen allgemeinen Asketismus und die Gleichgültigkeit. Die eigentlichen sozialistischen und kommunistischen Systeme, die Systeme St. Simons, Charles Fouriers usw., tauchen auf in der ersten unentwickelten Periode des Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Die Erfinder dieser Systeme sehen zwar den Gegensatz der Klassen, die Wirkksamkeit der aufstrebenden Elemente in der herrschenden Gesellschaft, aber sie erblicken auf der Seite des Proletariats keine geschichtliche Selbsttätigkeit, keine ihm eigentümliche politische Bewegung. Da die Entwicklung des Klassenbewußtseins

Der Marokko-Krieg

Der Krieg Frankreichs gegen die Rifkämpfer bereitet immer weiter neue interpolitische und militärische Schwierigkeiten. Am Ende des Kampfes ist nach den neuesten offiziellen Meldungen noch nicht zu denken. Die Rifkämpfer leisten im geordneten Kampf den französischen Truppen in jeder Beziehung weitgehendsten Widerstand.

Abd el Krim, der auf der einen Seite mit Spanien in Waffenstillstand und Friedensverhandlungen steht, behält immer neue Truppen aus und konzentriert sie gegen die französische Armee. In verschiedenen Meldungen wird von einer Schlacht der französischen Truppen gesprochen, obwohl Abd el Krim durch die ungeheure Truppenkonzentration Frankreichs an verschiedenen Stellen auch schwere Niederlagen erleidet.

Wir geben u. a. folgende Meldung wieder:
Weltere Offensive Abd el Krim.
Französischer Rückzug.

Paris, 23. Mai. (WTB.) Havas verbreitet folgende Mitteilung aus Rabat: Trotz der Schlappheit, die die Rifleute im Verlaufe der Kämpfe mit den Abteilungen Freydenberg und Cambays erlitten haben, sehe man voraus, daß Abd el Krim seine Offensive fortsetzen werde. Die französischen Abteilungen haben sich, nachdem sie die vorgeschobenen Posten im Oued-Ghoblet, die mit der Ueberwachung und dem Schutz der Wege nach Fes besetzt sind, reorganisiert und verproviantiert haben, zurückgezogen.

Diese militärischen Verhältnisse in Marokko haben sich

unerwünscht politisch im französischen Parlament wiedergepiegelt. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten brachten Interpellationen zur Regelung der Marokkokrise ein. Das Verhältnis des demokratischen Linksblocks, der ja sonst immer seinen Pazifismus zum Besten gibt, zu diesen imperialistischen Auseinandersetzungen, trat offen zu Tage.

Die Parlamentarier führen den Parlamentsstreich gegen die Sozialdemokratie Frankreichs. Sie verlangen von der Regierung den sofortigen Abbruch des Krieges. In diese Frage greift die Finanzkrise Frankreichs tief ein und wälzt neue Schwierigkeiten auf. Die Regierung ist gezwungen, sich neue Schwierigkeiten auf. Die Regierung ist gezwungen, sich neue Schwierigkeiten auf. Die Regierung ist gezwungen, sich neue Schwierigkeiten auf.

Wir sehen wiederum, wie Politik getrieben wird, wie man sich als Proletariat an der Nase herumführt. Die Sozialdemokratie ist glücklich für ein paar Tage davon befreit, vor den Proletariern Rechenschaft abzulegen. Nun wird der Krieg ohne die Beratung des Parlaments weitergeführt und die Proleten ohne Wissen und Willen für das Kapital auf die Schlichtbank getrieben. Genau wie 1914.

Amnestie, die Aktivität der KPD

Die deutschen Gefängnisse sind gefüllt mit politischen Gefangenen. Teils mit solchen, die die Opfer größerer proletarischer Aktionen wurden, und solchen, die in Einzelakten den Versuch unternahm, sich und das gesamte Proletariat von den Ketten der Militär- und Polizeigewalt der Bourgeoisie, von der kapitalistischen Weltordnung zu befreien. Alle diese mit größter Begeisterung gegen den kapitalistischen Staat geführten Kämpfe sind nicht mit dem gewünschten Erfolg zu Ende geführt, sie sind an der gut geschlossenen Kampfring des Kapitalismus gescheitert. — zum Teil hat die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, und Hunderttausende von proletarischen Kämpfern müßten die nicht genügend einheitliche Taktik der proletarischen Klasse mit den Gewaltmaßnahmen der Bourgeoisie, mit jahrelangen Zuchthausstrafen büßen, sie haben sich für das Proletariat als Kreuz schlagen lassen. Die sie im Kampf fürchtlos zu standen, so haben sie zum größten Teil auch vor den Richtern der Klassenjustiz den Beweis gebracht, daß sie die Rache der Bourgeoisie, — die um ihrer Selbsterhaltung willen kämpfen und urteilen muß, — nicht fürchten. Sie haben nicht um Gnade gefleht, denn das Proletariat hat von der Kapitalistenklasse und seinen Richtern und Henkern keine Gnade zu erwarten. Ebenso wenig hat das Proletariat gegenüber der Bourgeoisie nur nach dem Gesetz der proletarischen Revolutionen zu urteilen, d. h. die Macht des kapitalistischen Systems, die Besitz- und Rechtsverhältnisse, nur durch die proletarische Klasse durch die eigene Diktatur zu brechen. Die proletarische Revolution darf keine Gefühlsduselei kennen, sie ist auf kapitalistische Gesellschaftsverhältnisse keine Rücksicht nehmen, sie kennt nur das erste Ziel, die Eroberung der wirtschaftlichen und politischen Macht zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung. In diesem Kampf bilden sich auch unsere proletarische Rechte, die wirksam mit dem unsrer Gesellschaftsordnung gegen jeden Eingriff schützen.

Die proletarische Revolution darf keine Gefühlsduselei kennen, sie ist auf kapitalistische Gesellschaftsverhältnisse keine Rücksicht nehmen, sie kennt nur das erste Ziel, die Eroberung der wirtschaftlichen und politischen Macht zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung. In diesem Kampf bilden sich auch unsere proletarische Rechte, die wirksam mit dem unsrer Gesellschaftsordnung gegen jeden Eingriff schützen.

mit dem Stege über die Bourgeoisie wird das revolutionäre Proletariat nicht mehr im Kerker, im Zuchthaus sein Leben verbringen. Solange der Kapitalismus regiert, wird der Kommunismus mit Gewalt unterdrückt werden.

Den aktiven Kampf gegen den Staat führt man aber nicht, indem man von den Verwaltern des Staates Amnestie erdenkt. Es ist ein besonderes Zeichen der Schwäche, wenn ein Kämpfer seinen Gegner um Gnade bittet, noch dazu im Augenblick, wo der Entscheidungskampf vor der Tür steht. Amnestie ist ein Zeichen der Schwäche, noch dazu im Augenblick, wo der Entscheidungskampf vor der Tür steht. Amnestie ist ein Zeichen der Schwäche, noch dazu im Augenblick, wo der Entscheidungskampf vor der Tür steht.

Nichts zeichnet die Ohnmacht der KPD, mehr, als dieses Steckenpferd. — Nichts ist gemeiner als die parlamentarischen und gewerkschaftlichen Betrugsmänner noch mit einer radikalen Phrase für die Amnestie der proletarischen Kämpfer im Zuchthaus zu erweitern.

Jene erwarten den Kampf und diese bitten als Stützen des modernen Ausbeutungsstaates im Parlament um Gnade. Es ist ein Illusion von Gnade, um Amnestie kämpfen zu können. Kämpfen kann man nur um seine Freiheit, um seine eigene Macht. Und wer die Macht hat, hat auch das Recht einzukerkern und in Freiheit zu setzen, wenn er will. Amnestie setzt aber die Macht eines anderen voraus, von dem jedes Urteil abhängt.

Noch sind die eingekerkerten Revolutionäre nicht vor das Proletariat hingetretten und haben auf aktive Solidarität verzichtet und dafür die Amnestie verlangt. Wenn die KPD, dieses Verlangen an den Staat bringt, beweist sie wiederum ihren Klassencharakter, der sich in manchem Revolutionär im russischen Gefängnis widerspiegelt. Noch schändlicher ist es, wenn sie die Familienpsychologie der Angehörigen als Mittel zum Zweck ihrer Massenverdrummung in Bewegung setzt. Sie will nicht Amnestie, sie will die Massen in Erinnerung bringen und lenkt die Massen des Proletariats von den notwendigen Aufgaben ab. Statt die Massen zum Kampf, zur aktiven Solidarität zu erziehen, werden sie zur passiven Demonstration für die Amnestie gegenüber den aktiven Revolutionären erzoogen.

Jeder weiß, daß die Bourgeoisie ihre Macht nicht aus der Hand gibt, und die politischen Gefangenen, die staatsgefährlich sind, wirkliche Klassenkämpfer, nicht freilassen wird. Nicht Amnestie heißt es darum für uns, sondern Kampf bis zur Entscheidung: „Kapitalismus oder Diktatur des Proletariats!“

Die Landtagswahl in Oldenburg

Sozialdemokratischer Sieg.

Die Sozialdemokratie kann wieder im Siegestaumel liegen. Oldenburg hat ihr den Beweis gebracht, daß sie es noch versteht, sich dem Volke interessant zu machen. Der Schüttelfrost, der von der Hindenburgwahl noch in ihr steckt, wird ein wenig gedämpft. Die großen Massen, die Hindenburg in den Sattel gehoben, haben sich bei diesen Landtagswahlen wieder auf die Seite der demokratischen Mitte der Weimarer Verfassung geschlagen. Leider ist es zu verzweigen, nämlich das Interesse an allgemeinen Volksverdummungsmassum ist zurückgezogen. Wenn ehemals der Landtag aus 48 Mitgliedern bestand, der neue besteht infolge des Wahlrückganges nur aus 40 Mitgliedern. Im ehemaligen Landtag verfügte die demokratische Koalition über 31 Sitze gegenüber 14 der Rechten und 3 Sitzen der Ultralinken. Der jetzige Landtag bietet den linken Kleinbürgern vom Zentrum bis zur SPD, 24 Sitze, gegenüber 16 der Rechtsparteien. Die KPD hat wieder einen kleinen Nasenbübel bekommen. Sie ist nun leider zum Nichtsein verdammt und darf nur Propaganda für die nächste Sesseleroberung machen. Die drei Nicht-Amnestierten sind durch die letzte Wahl vor die Tür gesetzt worden. Die KPD ist damit in Oldenburg nicht mehr parlamentarische Parlamentspartei.

Das Wahlergebnis in den Landestagen sieht folgendermaßen aus:

Oldenburg, 24. Mai. (WTB.) Die den heutigen Landtagswahlen 31 der Landestaglichen Oldenburg, Lübeck und Birkenfeld wurden abgegeben:

Landestag Oldenburg: Zentrum 39 840, Landesblock 45 538, Kommunisten 2778, Sozialdemokraten 29 973, Demokraten 20 541, Deutsche Arbeiter 4503 Stimmen.

Landestag Lübeck: Zentrum 315, Landesblock 6501, Kommunisten 483, Sozialdemokraten 6600, Demokraten 2019 Stimmen.

Landestag Birkenfeld: Zentrum 2540, Landesblock 5378, Kommunisten 275, Sozialdemokraten 2371, Demokraten 1267 Stimmen.

Nun wird der Block der demokratischen Mitte den interessierten Wählermassen den neuen Beweis bringen, daß von einem Siege zu reden ein Unsinn ist, daß mit diesen Veränderungen sich nicht das geringste an kapitalistischem System in Wirklichkeit ist ja die prozentuale Bestimmung des Landtages trotz der Stimmenverluste des Rechtsblocks zu Gunsten desselben ausgefallen.

(Karl Marx im „Kommunistischen Manifest“)

Der Bezirk Westschon der KPD gegen die rechte Ruth Fischer Politik

Von einem prominenten Vertreter der KPD-Linien des Bezirks Westschon wurde im folgenden Bericht übergeben: "Thesen des Zentralausschusses stimmt, liegt aus der KPD." Das war der Bannstrahl, den der Vertreter der KPD-Zentrale gegen die opponierende erweiterte Bezirksleitung Westschon auf ihrer letzten Sitzung am 19. Mai schleuderte.

Gewerkschaften, ist in der augenblicklichen Zeit der Weltkrise, zum besten Hilfsmittel zur Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten geworden. Das, was die Gewerkschaften den Arbeitern als Sieg vorzukaufen, ist somit zum Sieg des Kapitals zu verzeichnen.

Die Gewerkschaften betreiben diese Politik, um die Arbeiterklasse von politischen Klassenkampf, — der den Verrat der Gewerkschaften voll und ganz aufdeckt und die Gewerkschaften zertrümmern würde — abzulenken. Es ist die gewerkschaftliche Politik des Opportunismus, der Selbsterhaltung. Es ist die einzige Möglichkeit, diesen reformistischen Fachverbänden, in der augenblicklichen hochkapitalistischen Entwicklungsepoche noch eine Praxis vor den Massen zu geben, sie noch am Leben zu erhalten.

Lebhafter Widerspruch bei der Opposition, Die Opposition verhinderte auch die von Moskau befohlene Einzelstreik; dasselbe war die Opposition der Parteilung vor. Der Tumult verschärfte sich noch, als ein in Moskau gewesener Delegierter erklärte Wjnkooop habe auf der Konferenz in Moskau gesagt, die KPH habe keine einzigen Genossen, der die Befähigung hat, d. h. in den Reihen der Arbeiterschaft, im Parlament die Partei zu vertreten, deshalb habe man in Moskau befohlen, die alten wieder aufzustellen, auch Wjnkooop hat bestätigt, daß man in Moskau befohlen habe — trotz lebhaften protestierens der deutschen Delegation, daß er und Dr. v. Ravenstyn wieder aufgestellt werden müssen, insbesondere die Stellung des Dr. v. Ravenstyn hinsichtlich der holländischen Kolonialpolitik, würde seitens der Opposition scharf kritisiert.

So weit der Bericht des empörten KPD-Mannes. Was haben wir ihm hinzuzufügen? Zunächst das Grundätzliche: Opposition innerhalb der KPD, ist wohl zu gemeint und mag auch von revolutionärem Willen zeugen, — doch die KPD, ist nicht mehr zu retten, hat sich durch die Kette der KPD, in kapitalistischen Interessen Ruinlands verschrieben. Nur ein Sieg ist — entweder frei von Ruinland — oder gleichen Weges mit Gewerkschaften und SPD. Das hat der Weg Ruth Fischers bewiesen und wird sich in den nächsten Monaten immer klarer herauschälen. Bisher, also die KPD, hat sich nicht ersehen lassen, daß die einzige Lösung: Herans aus dem Sumpf! Laßt euch nicht länger von enen Bonzen mißbrauchen! Sagt euch in Massen los von der Partei, die den Weg der Revolution in Deutschland gar nicht beschreiten kann und will, sondern die nur wie gebannt auf die Kette der KPD, in dessen Interesse jeden Kampf den Gewerkschaften in die Hände spielt, die ihn dann um so ungestörter abwürgen können.

Die Gewerkschaften müssen diese reaktionäre Politik betreiben, weil sie sich nie auf den politischen Kampf gegen den Kapitalismus eingelassen haben, und ihre sogenannten Reform- oder Lohnkämpfe lediglich auf die Kassenverhältnisse der einzelnen Gruppen eingestellt waren. Es kam und konnte sich für sie nur darum drehen, in wieviel die Finanzierung eines Streiks möglich ist. Aus diesem Grund, um in der augenblicklichen Krisenperiode, in der die meisten Lohnkämpfe ganz logischer Weise im Nichts verlaufen, weil die Warenpreise keine Steigerung der Löhne im gewünschten Sinne zulassen, — die ständigen Lohnstreitigkeiten und Streiks zu unterbinden, betreibt die Gewerkschaften die Politik der Selbsterhaltung, die die Stürze der Verhandlungen sind auch nicht erlaubt. Wenn man über den Frieden verhandelt, hat die Waffen zu ruhen.

Moskau, dir lebe ich, Moskau, dir sterbe ich. Dir will ich dienen im Leben, wie auch im Tode. Die letzte Erklärung v. Ravenstyn's konnten sich die Herren ja leisten, indem sie wie oben zu sehen, den Freibrief vor der allein selbst machenden Intern. in Moskau schon in der Tasche hatten. Die Opposition erklärte, diese Komödie nicht mit machen zu wollen, und den Kampf bis aufs Messer zu treiben gegen die unerträgliche Diktatur der Parteilung. Hiermit hatte die Schaulustigkeit ihr Ende erreicht, und man könnte aber diese Hanswurstaube lachen, sich köstlich kitzeln lassen, wenn es für das Proletariat nicht die Frage der Bourgeoisie wäre. Denn das diese Kompromittierung und Herabwürdigung der wirklich revolutionären Grundsätze, die sich trotz aller Wirrungen, trotz Nebel und Klippen von neuen immer wieder bestätigen, von den holländischen Sozialdemokraten, die sich jetzt dieses nutzbar machen und leidet mit Erfolg aus diesen traurigen Ereignissen Kapital schlagen und als Argumente gegen den Kommunismus gebrauchen, spricht für sich selbst. Nicht etwa aus Schadenfreude, sondern aus der Erkenntnis, daß die verächtlichen persönlichen Sonderinteressen in den Vordergrund, das Jagen nach den besoldeten Posten. Die Ergratung um ein Parlamentsmandat. Hier kam das Resultat einer für das revolutionäre Proletariat gefährlichen Illusionspolitik zum Vorschein, das Betrugssystem mit offener Augen, und mehr noch, und endlich wie die Mitglieder der 3. Internationale einer Verfallschnecke der wirklichen objektiven Situation zum Opfer gefallen.

Die Tarifpolitik der Gewerkschaften

Zerfall der Klassenfront. Ein ausgezeichnetes Mittel, das Proletariat in seiner Macht als Klasse zu schwächen und überhaupt zu zerreißen, sind die tariflichen Regelungen im Lohnverhältnis der Arbeiter. Es wird der Arbeiterklasse durch diese Regelung des Ausbeutungsvollstandes infolge eines Vertrags zwischen den Vertretern der Arbeiter und denen der Kapitalisten unmöglich gemacht, einen Kampf um die Befreiung aus dem kapitalistischen Ausbeutungssystem zu führen. Diese Politik, der Stützpunkt der gewerkschaftlichen Apparate, bringt das Proletariat in ein vertragliches Sklavensystem. Die Gewerkschaften, die als die vertraglichen Vertreter der Arbeiterschaft in Frage kommen, sind in diesem Falle die modernen Sklavenhändler. Sie schließen mit den Kapitalisten den Vertrag ab, für welchen Wert ein Sklave Arbeiter in der Sklaverei zu verkaufen hat. Der Sklave Arbeiter ist durch diesen Kaufvertrag, der sich außerhalb seines Willens vollzieht, für eine bestimmte Zeit der wirklichen Ausbeutung preisgegeben. Dieser Vertrag ist gleichzeitig der Friedensvertrag zwischen dem Vertreter der Arbeiterklasse, den Sklavenhändlern, und dem Vertreter der Kapitalisten, den Sklavehändlern, und dem Vertreter der Arbeiterklasse, den Sklavehändlern, vollständig unterbunden. Der Tarifvertrag wird hierin zu einem Vertrag zwischen dem Proletariat, der sich lediglich die jeweilige Marktlage in der Ware Arbeitskraft des Proletariats, etwas, das ganz im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft liegt. Erst einmal bestimme das Kapital durch seinen Gesamtwarenkampf, welche die Regeln der Lohn- und Preis der Ware Arbeitskraft im Weltwirtschaftsmarkt stellt. Die Regeln vollzieht sich ganz abhängig in den Verhältnissen von Konjunktur und Krise. Und dann ist das Kapital durch den Tarifvertrag in die Lage versetzt, in einer bestimmten Zeit die Profiteure zu regeln, ohne von den Sklaven gestört zu werden. Der Tarifvertrag, des Rettungsanker der

Russland

Ein Genosse sendet uns aus Holland folgenden Bericht: Am 9. Mai eröffnete die Holländische kommunistische Partei ihren diesjährigen Kongress in Amsterdam. Es ist hierüber wenig zu berichten, weil es eigentlich nur eine Fortsetzung des im vorigen Jahre in Rotterdam tagenden Kongresses ist. Ich muß nun leider voraussetzen, daß wohl die Geschichte der Arbeiterbewegung wohl kaum ein derartiges Ereignis aufzuweisen hat, wie dies hier der Fall ist: in einem Wort ein heftiger und getoßener Spalakt. Die Tagung wurde eingeleitet mit dem Streit darüber, wer am meisten in der Gunst des Moskauer Vatikan steht, ob die Opposition als Minderheit, oder die Anhänger des Parteivorstandes als Mehrheit. Herr Wjnkooop, der Oberbefehlshaber der KPH, wird nach wie vor als ein unerträglicher Diktator über die Parteilimitglieder ausübendes Element bezeichnet dessen Politik und Taktik zum Opportunismus führt und der eigentlich nicht in eine kommunistische Partei gehörte, geschweige als ihr leitender Führer fungieren kann. Die soz. Opposition, die, um im Vorbetreiben zu bemerken, als eine wirklich ernsthafte Opposition im Sinne des Wortes nicht zu betrachten ist, verlangt Beseitigung des jetzigen Parteivorstandes. Ein lebhafter parlamentarischer Streit entspann sich über die Anstellung der Parlamentskandidaten. Die gegenwärtigen KPH-Abgeordneten hätten völlig opportunistische Politik getrieben und haben sich demzufolge unmöglich gemacht. Eine demontare Empörung machte sich bemerkbar, als Wjnkooop das Wort ergriff, um seinen Bericht zu geben über die Verhandlungen in Moskau betreffs der holländischen Streitfragen, wo er gemeinsam mit einem Mitglied der Opposition, v. Ravenstyn, dieser Streitfragen vor die Diskussion geladen war; es rückte scharfe Worte gegen den Eund der Kommunisten und den linken Flügel der kommunistischen Gewerkschaftsinternationale, die durch ihre Stellungnahme die Arbeiterschaft verhinderte, in die

Notizen

Wie sich der „Tribüne“ von dem Organ der KPH, entnehme, hat der Parteivorstand von Ravenstyn und Wjnkooop und Gen. sein Amt niedergelegt gleichfalls ihr Mandat als Parlamentsvertreter für die nächsten Kammerwahlen niedergelegt. Es soll dieses auf Veranlassung von Moskau geschehen sein. Die Parteilimitglieder und die Parlamentskandidaten der KPH, die Reduktion der „Tribüne“ sollen nun in die Hände der Opposition über gehen. Wenn man nun in Betracht zieht, daß die gesamte Opposition jahrelang den Streit gegen die v. Ravenstyn-Wjnkooopianer führten und ihr stets vorstufen, einer widerstandslosen Spielball der Moskauer Diktatur darzustellen und jetzt auf Veranlassung derselben Opposition als Antimoskauer vor die Tür gesetzt werden, und nun die Herren aus der Opposition die Rolle als Obergeordnet der Moskauer Vaterland abnehmen, so kann man das, was der Maßstab nehmen, wo nur der Weg der KPH, hingehen wird. Herr Wjnkooop, der bisherige Oberbefehlshaber, soll, wie verläutet, sich praktischen politischen Leben zurückziehen beabsichtigen.

Offiziellen

Die Nummer 42 der „KAZ“ erscheint wegen der Pfingstfeiertage bereits am Freitag, den 29. Mai. Die Ausgabe erfolgt in der Zeit zwischen 5-6 Uhr. Die Zeitungsbezieher müssen die Zeit unbedingt einhalten. Expedition der „KAZ“ GROSS-BERLIN. Am Freitag, den 29. Mai, Mitgliederversammlung des 19. und 20. Bezirks am Bahnh. Schulhof, bei Lorenz Ecke Sommer- und Seebachstraße. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Der Todesurteil in Bulgarien vollstreckt

(EP.) Wien, 27. Mai. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Sofia, daß heute früh das Todesurteil an Friedmann, Koefl und Zagorski vollstreckt worden sei. Um 8 Uhr früh hatte man die Delinquenten auf den Platz im Westen der Stadt, der rings von Anhöhen umgeben ist und auf dem sich mehr als 50 000 Menschen gesammelt hatten, um der Hinrichtung beizuwohnen, geföhrt. Die Urteilsverkündung dauerte länger als eine halbe Stunde, worauf als erster Koefl, dann Zagorski und schließlich Friedmann gehängt wurden. Die Henkersdienste leisteten drei Zigeuner. (WTB) Sofia, 27. Mai. In dem Prozeß wegen Beigängigkeit der kommunistischen Verschwörer verurteilte das Kriegengericht Pertschenoff, Leger und Frau Nico-

Streich der Omnibusangestellten

Berlin, Freitag, 29. Mai. Die Berliner Omnibusangestellten sind auf die Ablehnung ihrer Forderungen hin am Freitag früh in den Streik getreten. Sie haben damit der Abstimmung der allgemeinen Verkehrsarbeiter etwas vorweg gehandelt und ihren Willen in die Tat umgesetzt. Die Gewerkschaften, die alles aufboten, dies zu verhindern, sind somit vor die Alternative gestellt, entweder den allgemeinen Verkehrsarbeiterstreik als Solidarität auszurufen, oder den Disziplinbruch mit aller Macht zu unterdrücken. Die Hochbahner haben diese Solidaritätsfront schon durchbrochen, indem sie den Schiedsspruch angenommen, der gestern Abend geföhrt wurde, und den Streik ablehnten. Die geschlossene Kampffront ist damit vernichtet und der Streik kann als aussichtslos angesehen werden, da der Personenverkehr anderweitig anrecht erhalten werden kann.

Gegen die Hamburger Barrikadenkämpfer

In Schiffbekor Kommunistenprozess wurde heute mittag das Urteil gegen die in der 5. Staffel angeklagten 30 Personen von der zuständigen Strafkammer des Landgerichts Altona verkündet. Es wurden Festungsstrafen verhängt von 2 Jahren 9 Monaten herab bis zu 1 Jahr 1 Monat und Geldstrafen von 150 Mark bis 50 Mark. Acht von den Angeeschuldigten wurden freigesprochen. Gegen die 6. Staffel wird am 5. Juni verhandelt werden.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu bestehen durch die Bezirks-Organisations der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht angenommen. Mai 1925. Alle Zahlungen und Postwechselungen: Berlin NW 7, Nr. 492 29 (Überschneidung für Arbeiter-Liternetz, Berlin O 7, Waisenhaus Straße 42)

Verschleppungs-Politik zur Lohnbewegung der Verkehrsarbeiter

Die Fragen der Lebensbedingungen sind auch wieder einmal an die Arbeiter der Berliner Verkehrsbetriebe herangetreten. Es ist ihnen zum Bewußtsein gekommen, daß die Lohnverhältnisse mit dem Lebensunterhalt in dieser kapitalistischen Welt nicht im Gleichgewicht stehen. Der Druck, mit dem uns die kapitalistische Krise zum Bewußtsein kommt, der auf jedem der Lohnsklaven augenblicklich in diesem Ausbeutungsprozess lastet, hat wieder einen geringen Teil des gesamten Proletariats vor die Alternative der Existenzfrage gestellt. Die restierte Ausbeutung, mit der sich das kapitalistische System über Wasser hält, ist bei den Ausbeuteten auf Widerspruch gestoßen.

Der Zweifrontenkrieg der K.P.D.

Die Wahl des kaiserlichen Feldmarschalls Paul v. Hindenburg und die Niederlage des „roten“ Kandidaten Thälmann, hat die KPD zur Selbstbesinnung auf ihre eigentliche Aufgabe gebracht, meinte eine bolschewistische und leninistische Partei zu sein. Sie hat auch diese Tatsache sofort in Thesen untergebracht und die notwendige theoretische Einleitung ihrer neurevolutionären Politik dem stamenden Proletariat offenbart. Es galt vor allem Dingen, eine Mittellinie zu finden, die durch die grundsätzliche revolutionäre Linie gewahrt bleibt und gleichzeitig die populäre Parole „Republik oder Monarchie“ in das KPD-Programm einverleibt wird. Das linke Anhängerschild wurde geschickt zu einem Endziel gestempelt, während die republikanische Parole als ein Manöver zum Sieg über die SPD, sein sollte.

Das, was heute die Gruppe, morgen jene vor die Entscheidungstrage des Sklavendaseins stellt, hat auch hier wieder seine Kampfbegeisterung gefunden. Die Hochbahner, Straßenbahner und Omnibusangestellten haben zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht geglaubt sind sich unter diesen Lohnbedingungen ausbeuten zu lassen, sie haben kund getan, mit einem Streik den Kampf um eine Lohnerhöhung zu entfachen.

Die Notwendigkeit dieser Schwenkung ergab sich für die KPD, aus dem Sieg der parlamentarischen Illusionen beim Proletariat, die sie selbst durch die Rückkehr in das Parlament großgezogen hat. Sie hat dadurch, erst der SPD, ermöglicht, ihre Verärrterrolle durchzuführen. Durch den Einzug der KPD in das Parlament, konnte die SPD, die KPD, vor parlamentarische Situationen stellen, in denen die KPD, der Reaktion zum Sieg gegen die linke Republik verhalf.

Was wir im allgemeinen bei den Streikbewegungen, die in letzter Zeit auftauchten, anmerken mußten, daß die Kapitalisten diesem Kampf mit einer gewissen Ruhe und Entschlossenheit begegneten, tritt auch hierbei wieder hervor. Es ist uns dies alles ganz begreiflich, weil uns die geschlossene Kampffront des Gesamtkapitalismus im Interesse der Selbsterhaltung gegenüber dem Verrat im Proletariat klar und deutlich vor Augen steht. Das Kapital hat die Begeisterung und die konsequente Kampfmotivität in den Reihen des Proletariats seit einem Jahrzehnt zu wenig geschätzt gelernt. Es weiß, daß der Wille des deutschen Proletariats zu allererst von Willen seiner sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer abhängt. Das deutsche Proletariat hat eben bis heute noch keinen eigenen Willen, sondern nur eine angeborene Disziplin an den Tag gelegt. Aus diesem Grunde können wir verstehen, daß die Kapitalisten von vornherein alles ablehnen was die Proletarier fordern, ganz abgesehen davon, daß die Profitverhältnisse durch die Krise auch sehr begrenzt sind.

Die Notwendigkeit dieser Schwenkung ergab sich für die KPD, aus dem Sieg der parlamentarischen Illusionen beim Proletariat, die sie selbst durch die Rückkehr in das Parlament großgezogen hat. Sie hat dadurch, erst der SPD, ermöglicht, ihre Verärrterrolle durchzuführen. Durch den Einzug der KPD in das Parlament, konnte die SPD, die KPD, vor parlamentarische Situationen stellen, in denen die KPD, der Reaktion zum Sieg gegen die linke Republik verhalf.

Die Forderungen der Verkehrsarbeiter sind ungefähr folgende: Verringerung der Arbeitszeit, die bis jetzt 9 1/2 Stunden beträgt. Ferner 50 Prozent Zuschlag für Sonn- und Feiertagsarbeit und Urlaub nach einjähriger Dienstzeit von vier Tagen steigend bis 14 Tage. Außerdem eine ungefähr 20 bis 25 Prozentige Lohnerhöhung, so daß ihr Lohn ungefähr in den Höchsthufen 90 Pfg. bis 1 Mark ausmacht.

Die parlamentarische Konsequenz wird restlos gezogen. Das Doppelgesicht der KPD, schält sich immer deutlicher heraus. Die parlamentarische „Entfaltung“ zwingt auch zum Schutz der Republik gegen die Reaktion. Die Politik der Einheitsfront, die die Rückkehr zum Parlamentarismus und zu den Gewerkschaften zur Voraussetzung hat, führt notwendigerweise auch zu einem ideologischen Aufbau auf den Grundlagen dieser Organisationen. Die Bejahung dieser kapitalistischen Institutionen als „proletarische Kampfmittel“ führt in konsequenter Linie zum Opportunismus. Die KPD, hat sich lange gegen diese Erkenntnis gestraubt. Die parlamentarische und gewerkschaftliche Gebilde unwandelbar zeigt. Den Kampf gegen diese Institutionen zu führen, erscheint der KPD, heute ausgesprochen, weil sie damit ihre bisherige Politik als vollkommen falsch anerkennen und sich selbst als Partei aufgeben müßte.

Unter diesen allgemeinen Forderungen wollen die Verkehrsarbeiter den Streik aufnehmen. Die Stimmung dafür war im ersten Augenblick im allgemeinen für den sofortigen Kampf. Die Omnibusarbeiter faßten am Dienstag schon einen dementsprechenden Beschluß. Daß dieser Kampf mit aller Gewalt verschoben werden muß, wird jeder begreifen, der die Rolle der Gewerkschaften in allen bisherigen Streiks gesehen hat. Die Gewerkschaften haben sich des Streiks angenommen, also ist der Wille der Proletarier nicht mehr maßgebend. Der Wille der Gewerkschaften bestimmt über den Streik.

Die parlamentarische Konsequenz wird restlos gezogen. Das Doppelgesicht der KPD, schält sich immer deutlicher heraus. Die parlamentarische „Entfaltung“ zwingt auch zum Schutz der Republik gegen die Reaktion. Die Politik der Einheitsfront, die die Rückkehr zum Parlamentarismus und zu den Gewerkschaften zur Voraussetzung hat, führt notwendigerweise auch zu einem ideologischen Aufbau auf den Grundlagen dieser Organisationen. Die Bejahung dieser kapitalistischen Institutionen als „proletarische Kampfmittel“ führt in konsequenter Linie zum Opportunismus. Die KPD, hat sich lange gegen diese Erkenntnis gestraubt. Die parlamentarische und gewerkschaftliche Gebilde unwandelbar zeigt. Den Kampf gegen diese Institutionen zu führen, erscheint der KPD, heute ausgesprochen, weil sie damit ihre bisherige Politik als vollkommen falsch anerkennen und sich selbst als Partei aufgeben müßte.

Die Forderungen der Verkehrsarbeiter sind ungefähr folgende: Verringerung der Arbeitszeit, die bis jetzt 9 1/2 Stunden beträgt. Ferner 50 Prozent Zuschlag für Sonn- und Feiertagsarbeit und Urlaub nach einjähriger Dienstzeit von vier Tagen steigend bis 14 Tage. Außerdem eine ungefähr 20 bis 25 Prozentige Lohnerhöhung, so daß ihr Lohn ungefähr in den Höchsthufen 90 Pfg. bis 1 Mark ausmacht.

Die parlamentarische Konsequenz wird restlos gezogen. Das Doppelgesicht der KPD, schält sich immer deutlicher heraus. Die parlamentarische „Entfaltung“ zwingt auch zum Schutz der Republik gegen die Reaktion. Die Politik der Einheitsfront, die die Rückkehr zum Parlamentarismus und zu den Gewerkschaften zur Voraussetzung hat, führt notwendigerweise auch zu einem ideologischen Aufbau auf den Grundlagen dieser Organisationen. Die Bejahung dieser kapitalistischen Institutionen als „proletarische Kampfmittel“ führt in konsequenter Linie zum Opportunismus. Die KPD, hat sich lange gegen diese Erkenntnis gestraubt. Die parlamentarische und gewerkschaftliche Gebilde unwandelbar zeigt. Den Kampf gegen diese Institutionen zu führen, erscheint der KPD, heute ausgesprochen, weil sie damit ihre bisherige Politik als vollkommen falsch anerkennen und sich selbst als Partei aufgeben müßte.

Unter diesen allgemeinen Forderungen wollen die Verkehrsarbeiter den Streik aufnehmen. Die Stimmung dafür war im ersten Augenblick im allgemeinen für den sofortigen Kampf. Die Omnibusarbeiter faßten am Dienstag schon einen dementsprechenden Beschluß. Daß dieser Kampf mit aller Gewalt verschoben werden muß, wird jeder begreifen, der die Rolle der Gewerkschaften in allen bisherigen Streiks gesehen hat. Die Gewerkschaften haben sich des Streiks angenommen, also ist der Wille der Proletarier nicht mehr maßgebend. Der Wille der Gewerkschaften bestimmt über den Streik.

Die parlamentarische Konsequenz wird restlos gezogen. Das Doppelgesicht der KPD, schält sich immer deutlicher heraus. Die parlamentarische „Entfaltung“ zwingt auch zum Schutz der Republik gegen die Reaktion. Die Politik der Einheitsfront, die die Rückkehr zum Parlamentarismus und zu den Gewerkschaften zur Voraussetzung hat, führt notwendigerweise auch zu einem ideologischen Aufbau auf den Grundlagen dieser Organisationen. Die Bejahung dieser kapitalistischen Institutionen als „proletarische Kampfmittel“ führt in konsequenter Linie zum Opportunismus. Die KPD, hat sich lange gegen diese Erkenntnis gestraubt. Die parlamentarische und gewerkschaftliche Gebilde unwandelbar zeigt. Den Kampf gegen diese Institutionen zu führen, erscheint der KPD, heute ausgesprochen, weil sie damit ihre bisherige Politik als vollkommen falsch anerkennen und sich selbst als Partei aufgeben müßte.

Die Forderungen der Verkehrsarbeiter sind ungefähr folgende: Verringerung der Arbeitszeit, die bis jetzt 9 1/2 Stunden beträgt. Ferner 50 Prozent Zuschlag für Sonn- und Feiertagsarbeit und Urlaub nach einjähriger Dienstzeit von vier Tagen steigend bis 14 Tage. Außerdem eine ungefähr 20 bis 25 Prozentige Lohnerhöhung, so daß ihr Lohn ungefähr in den Höchsthufen 90 Pfg. bis 1 Mark ausmacht.

Die parlamentarische Konsequenz wird restlos gezogen. Das Doppelgesicht der KPD, schält sich immer deutlicher heraus. Die parlamentarische „Entfaltung“ zwingt auch zum Schutz der Republik gegen die Reaktion. Die Politik der Einheitsfront, die die Rückkehr zum Parlamentarismus und zu den Gewerkschaften zur Voraussetzung hat, führt notwendigerweise auch zu einem ideologischen Aufbau auf den Grundlagen dieser Organisationen. Die Bejahung dieser kapitalistischen Institutionen als „proletarische Kampfmittel“ führt in konsequenter Linie zum Opportunismus. Die KPD, hat sich lange gegen diese Erkenntnis gestraubt. Die parlamentarische und gewerkschaftliche Gebilde unwandelbar zeigt. Den Kampf gegen diese Institutionen zu führen, erscheint der KPD, heute ausgesprochen, weil sie damit ihre bisherige Politik als vollkommen falsch anerkennen und sich selbst als Partei aufgeben müßte.

Unter diesen allgemeinen Forderungen wollen die Verkehrsarbeiter den Streik aufnehmen. Die Stimmung dafür war im ersten Augenblick im allgemeinen für den sofortigen Kampf. Die Omnibusarbeiter faßten am Dienstag schon einen dementsprechenden Beschluß. Daß dieser Kampf mit aller Gewalt verschoben werden muß, wird jeder begreifen, der die Rolle der Gewerkschaften in allen bisherigen Streiks gesehen hat. Die Gewerkschaften haben sich des Streiks angenommen, also ist der Wille der Proletarier nicht mehr maßgebend. Der Wille der Gewerkschaften bestimmt über den Streik.

Die parlamentarische Konsequenz wird restlos gezogen. Das Doppelgesicht der KPD, schält sich immer deutlicher heraus. Die parlamentarische „Entfaltung“ zwingt auch zum Schutz der Republik gegen die Reaktion. Die Politik der Einheitsfront, die die Rückkehr zum Parlamentarismus und zu den Gewerkschaften zur Voraussetzung hat, führt notwendigerweise auch zu einem ideologischen Aufbau auf den Grundlagen dieser Organisationen. Die Bejahung dieser kapitalistischen Institutionen als „proletarische Kampfmittel“ führt in konsequenter Linie zum Opportunismus. Die KPD, hat sich lange gegen diese Erkenntnis gestraubt. Die parlamentarische und gewerkschaftliche Gebilde unwandelbar zeigt. Den Kampf gegen diese Institutionen zu führen, erscheint der KPD, heute ausgesprochen, weil sie damit ihre bisherige Politik als vollkommen falsch anerkennen und sich selbst als Partei aufgeben müßte.